

# Diskussion

*Rainer Eckert*

Nach den Ausführungen von Herrn Kershaw bleibt die Frage, ob der Zerfall einer rationalen Staatsordnung in Richtung von Systemlosigkeit ein entscheidendes Kennzeichen des Nationalsozialismus war. Oder wurde die mit einem bewußten Ämterpluralismus verbundene Teilung in einen Normen- und einen Maßnahmenstaat mit ihren ständigen Spannungen nicht bewußt zur Herrschaftssicherung eingesetzt? Es war doch wohl so, daß die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Funktionsträgern deren Leistungsfähigkeit steigern sollte, und gleichzeitig war beabsichtigt, die Möglichkeiten für einen eventuellen Widerstand zu verringern. Immerhin erlaubte die im Nationalsozialismus vorhandene Rationalität von Herrschaft die Organisation und Führung eines lange Zeit erfolgreichen Aggressionskrieges. Wenn auch das Ziel eines totalen Krieges mit der Zusammenfassung aller Kräfte letztlich nicht erreicht werden konnte, so waren doch fortwährende (ihren Höhepunkt 1944 erreichende) Effektivitäts- und Produktivitätssteigerungen möglich.

Zwar sollte die von Kershaw betonte Rolle von Gewalt und Manipulation bei der Sicherung der despotischen Macht der NS-Elite nicht unterschätzt werden, doch waren die Mittel zur Konsens-Herstellung vorrangig anderer Natur. Das gilt für die Fortsetzung der in der Weimarer Republik angelegten Modernisierungstendenzen in der Sozialpolitik, für Perspektivgewinn der breiten Masse der Bevölkerung im Zuge der Aufrüstung und für die teilweise Aufhebung gesellschaftlicher Barrieren. Gab es nicht ab 1936 zunehmende Zufriedenheit durch langsam wachsenden Wohlstand? Wie läßt sich sonst die verbreitete Begeisterung für Hitler erklären? Letztlich war die Banalität des Alltags, an der sich auch der charismatische Führerkult im Laufe der Zeit abnutzte, für die Bevölkerungsmehrheit entscheidend.

*Eberhard Kolb*

Es ist unverkennbar, daß – auf diesem Kolloquium wie in der Forschung allgemein – die Auffassung dominiert, die Weimarer Republik sei schon vor der Machtübertragung an das Hitler-Kabinett ganz auf „Untergang“ programmiert gewesen. Zur Begründung dieser Auffassung läßt sich auf eine Fülle von Fakten und Bekundungen, auf vorherrschende politische Einstellungen und Mentalitäten verweisen. Doch dabei handelt es sich durchaus um eine Auswahl aus dem historischen Material und um eine bestimmte Gruppierung der Zeugnisse zur Stützung der Beweisführung. Das hat man sich immer vor Augen zu halten.

Ich vertrete demgegenüber die Meinung, daß der Untergang der ersten deutschen Demokratie keineswegs so zwangsläufig und unvermeidlich war, wie das heute den meisten erscheint. Zwar fiel die Leistungsbilanz der Republik in den Augen vieler ihrer Bürger nicht positiv aus. Aber mangelnde Erfolge allein hätten das Ende Weimars

nicht besiegen müssen, wenn der Staat von Weimar – in welcher (zeitweilig) transformierter Gestalt auch immer – eine längere Dauer hätte gewinnen können, wenn es nicht zur Auslieferung des Staatsapparats an die Hitler-Bewegung gekommen wäre. Die Dauerhaftigkeit eines Staatswesens ist ein nicht zu unterschätzender legitimitätsstiftender Faktor und vermag ausbleibende Leistungen des Staates zu kompensieren.

In diesem Zusammenhang ist ein Blick auf die Anfänge der Dritten Republik in Frankreich lehrreich, eine Republikgründung nach verlorenem Krieg wie die Weimarer Republik. In ihren Anfangsjahren war die Dritte Republik mindestens ebenso instabil wie die Weimarer Republik, sie entwickelte sich aber mit den Jahren zu einem Staatswesen von respektabler Statur, weil sie die zahlreichen Krisen in den ersten zwanzig Jahren ihrer Existenz überstand und danach mit fortlaufender Zeitdauer an innerer Stabilität gewann.

Gewiß hat man sich vor zu weitgehenden Analogisierungen zu hüten, aber soviel läßt sich aus diesem historischen Fallbeispiel folgern: Für die Weimarer Republik kam es in der existenzbedrohenden Krise von 1932/33 auf ihr bloßes Überleben als Verfassungsstaat mit dem Offenhalten der Möglichkeit zu späterer Reparlamentarisierung an. Eine durchgestandene Existenzkrise ohne unwiderruflichen Substanzverlust an demokratischer Verfassungsstaatlichkeit hätte Weimar auch ohne beeindruckende Leistungsbilanz eine langfristige Bestandsperspektive eröffnen können.

### *Peter Krüger*

Zu den krisenverschärfenden deutschen Traditionen gehörte nicht nur die auf den Reichspräsidenten orientierte „Reserveverfassung“, sondern auch die „Reserveverfassung des Militärs“, seine integrierende Kraft, das Nachdenken über die Verfügbarkeit der militärischen Macht auch im innenpolitischen Ernstfall, außerdem vor allem das Militär als außenpolitischer Rückhalt, der gerade nach Versailles wiederhergestellt werden sollte als Basis einer neuen stabilen Machtstellung von Staat und Nation. Stabilisierung wurde in den 20er Jahren allerdings noch dezidiert mit anderen Mitteln erstrebt: durch die Locarno-Politik internationaler Verständigung, durch die integrierende Wirkung außen- und revisionspolitischer Erfolge auf dem Wege des Interessenausgleichs mit den Siegern und durch die Einbeziehung des Reiches in eine zu fördernde internationale Verflechtung (Westorientierung), die dann vor allem über die Außenwirtschaft Wohlstand bringen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas steigern und die Lösung der Reparationsfrage 1929 zum Instrument weltwirtschaftlicher Stabilisierung und Entfaltung machen sollte. Dazu fehlte die nötige Zeit, so daß Stresemann außenpolitisch am Ende fast verzweifelt um rasche Erfolge kämpfen mußte, um die breite, aber unsteife, politisch anfällige Zustimmung zur Locarno-Politik aufrechtzuerhalten, die zwar von den Gewerkschaften bis zur Industrie reichte, aber 1928 zu zerfallen begann. Wenn man vom Bemühen um ein wirtschaftliches Wunder zum Zwecke der Kompensierung mangelnder politisch-gesellschaftlicher Stabilisierung spricht, dann war Locarno das Bemühen um ein entsprechendes außenpolitisches Wunder. Dies kehrte sich in der Staatskrise der früheren 30er Jahre um, als

die Gegner der Locarno-Politik, wie Bülow, ans Ruder kamen: Die inneren Turbulenzen nutzte man nun als internationales Druckmittel zur Erzwingung bedeutender revisionspolitischer Erfolge aus. Dabei hat sich die Gleichgültigkeit der Diplomaten (und der übrigen traditionellen Eliten) gegenüber dem Verfassungs- und politischen Normenverfall und ihr mangelnder Sinn für moderne politische Problemverflechtung, gerade zwischen Innen- und Außenpolitik, verhängnisvoll ausgewirkt, auch auf ihren eigenen Einfluß und ihre Stellung als Elite. Denn die Abkoppelung der Exekutive von der Legislative führte zunehmend auch zu einer Abkoppelung von den politischen Entscheidungen, zur politischen Fragmentierung der Ministerien und der Reichsbürokratie und zu einer wachsenden Bedeutung der Beschlußfassung in kleinen Zirkeln außerhalb der Geschäftsordnung der Reichsregierung, und diese Tendenz war schon vor 1933 erkennbar gewesen.

### *Peter Steinbach*

Ich denke, die Entscheidung über Wert und Nutzen der Modernisierungstheorie läßt sich nur dann wissenschaftlich begründen, wenn wir ein analytisch-funktionales Modernisierungskonzept von einer normativ orientierten Modernisierungsvorstellung trennen. Es ist weithin anerkannt, daß die normativ hochgradig aufgeladene, an den Begriff der Verwestlichung gebundene Vorstellung von der Modernisierung als einem zwangsläufigen Prozeß in den sechziger Jahren in eine Krise geraten ist. Weniger bewußt ist aber, daß als Reaktion auf die Krise der Modernisierungstheorie eine analytisch durchaus ertragreiche Verbesserung dieses Konzepts erfolgte. Ich denke, der Vorteil der Modernisierungstheorie liegt in der Möglichkeit, historische Faktoren zu gewichten und in eine Beziehung zu rücken, die zugleich Handlungsdefizite und Strukturdefekte eines Systems deutlich macht, aber auch Notwendigkeiten politischer Entscheidung erklären kann. Feldman hat deutlich einige dieser Momente benannt, während Kershaw stärker in seiner Beurteilung des Nationalsozialismus modernisierungskritischen Vorstellungen verhaftet blieb. Feldman orientierte sich an der Leistungsfähigkeit des Weimarer Systems und seiner Elite, Kershaw an dem zivilisatorischen Rückschritt, der sich im Nationalsozialismus verkörperte. Beide Argumentationsebenen lassen sich nicht verbinden, und schon gar nicht läßt sich in der Auseinandersetzung mit beiden Ansätzen über den endgültigen Wert ihrer Ansätze entscheiden.

Ich denke, in gewisser Weise haben beide Recht. Feldman knüpft an eine liberaldemokratische Vorstellung an, wenn er betont, daß eine politische Elite gewisse Systemleistungen zu erbringen hat, die eine Ordnung durch Erhöhung von Kapazitäten der Selbststeuerung und Anpassung zu stabilisieren haben. Analytisch betrachtet, ist also zu fragen, ob die Angehörigen der deutschen Führungsgruppen dieser Anforderung genügt haben: Hat etwa die kulturelle Elite dazu beigetragen, republikanische Wertvorstellungen zu stabilisieren und so in einer republikkritischen oder -feindlichen Gesellschaft ein demokratisches und liberales Selbstbehauptungspotential zu stärken? Haben die Angehörigen der wirtschaftlichen Elite jenen Kompromiß gesucht, der im

verteilungspolitischen Kontrahenten auch den Mitspieler sieht? Haben die politischen Führungsgruppen in ihren politischen Maßnahmen die Integration der Gesellschaft und die Stabilisierung durch Krisenüberwindung im Blick gehabt (denn modernisierungstheoretisch ist die Krise nichts anderes als die Notwendigkeit der Erhöhung von Selbststeuerungskapazitäten der Gesellschaft, die durch das gemeinsame Systemziel ihre Gegensätze mildert und Spaltungslinien überbrückt)?

Es ist deutlich geworden, daß die deutschen Eliten seit 1930 vor dieser Aufgabe versagten, jede in ihrem Bereich, mit entscheidenden Folgen für das Gesamtsystem. Es ging nicht um Überwindung der Krise, sondern um ihre Nutzung für einen Verfassungsumbau, der die gesellschaftliche Schichtung neu strukturieren und eine neue politische Ordnung ermöglichen sollte, die sich nicht mehr durch ihre liberaldemokratische Qualität bestimmen sollte. Funktional betrachtet, versagte die Elite, also die Gruppe, die Wertakzente setzen und gesamtgesellschaftliche Zielbestimmungen beeinflussen, aber auch durch staatliches Handeln durchsetzen kann, vor ihrer Aufgabe politischer Entwicklung als einer speziellen Form der Systemanpassung. Dies zu konstatieren, fällt mit Kategorien der Modernisierungsforschung vielfach leichter als mit Methoden der Deskription. Deshalb besteht kein Grund, die analytischen Möglichkeiten dieser konzeptionell orientierten Theorie dem problematischen normativen Konzept unterzuordnen, zumal, wenn sich der Zusammenbruch sozialistischer Systeme als ideales Exempel für die Modernisierungstheorie begreifen läßt und nicht zuletzt geeignet scheint, auch die normative Potenz dieser Theorie in ein neues Licht zu rücken.

### *Anthony J. Nicholls*

Es ist behauptet worden, jeder Staat brauche eine Art von Wirtschaftswunder, um die verschiedenen Ansprüche in der Gesellschaft zu befriedigen. Dieses Wirtschaftswunder sei nach 1948 in der Bundesrepublik eingetreten, in Weimar aber nicht möglich gewesen. Meine erste Bemerkung knüpft an das bekannte Wort Ludwig Erhards an, in der Wirtschaft gebe es keine Wunder, nur die Ergebnisse einer vernünftigen und theoretisch wohlfundierten Wirtschaftspolitik. Dann möchte ich die Frage stellen: Wer war dafür verantwortlich, daß eine solche Politik in Weimar nicht verfolgt worden ist? Wenn man die freie Marktwirtschaft und die freie Wirtschaftsordnung als ideal betrachten will, soll man die Tatsache nicht außer acht lassen, daß zwischen 1925 und 1930 Deutschlands Wirtschaftsordnung in vielen Hinsichten liberaler war, als in den Jahren unmittelbar nach der Währungsreform von 1948. Zwischen 1930 und 1932 aber hat Brüning eine weitaus interventionistischere Wirtschaftspolitik betrieben als seine Vorgänger. Die Tatsache, daß seine Politik *deflationär* war, bedeutet nicht, daß sie marktgerecht war. Brünings Politik wurde damals von manchen liberalen Nationalökonomern kritisiert. Nach dem Krieg hat Wilhelm Röpke Brüning geschildert als „einen sturen Westfalen und noch dazu mit einem Reserveoffizier- und Kriegserlebniskomplex behaftet, der oft geradezu komisch wirkte. Seine Wirtschaftspolitik habe ich damals wie heute als katastrophal beurteilt: das Musterbeispiel dafür, wie

man einer solchen Krise nicht Herr zu werden versuchen soll.“ *Eva Röpke* [Hrsg.], Wilhelm Röpke, Briefe 1934–1966. Der innere Kompaß (Erlenbach/Zürich 1976) S. 93.

Brünings puritanische Neigung, das deutsche Volk leiden zu lassen, um nationale Ziele (Abschaffung von Reparationen oder Wiederbewaffnung) zu erzielen, hatte wenig mit einer Politik der freien Marktwirtschaft zu tun. Sie hat ganz bestimmt wenig gemein mit Erhards Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, weil Erhard die Vorstellung stets verworfen hat, daß das Volk immer Opfer bringen müsse, um die Zukunft zu sichern, statt hohe Löhne durch Arbeit erzielen zu können.

### *Jürgen John*

Die NS-Diktatur stellte – gemessen an den Normen einer zivilisierten Gesellschaft – zweifellos einen „Zivilisationsbruch“ und einen Rückfall in Barbarei schlimmster Art dar. Dennoch war sie – gemessen an dem, was man unter „Modernisierung“ versteht – nicht unmodern. Der Irrationalismus des Regimes ging mit einem erheblichen Maße von Zweckrationalität, sozialer Rationalisierung etc. einher. Gerade die in den 20er Jahren angebahnten massenkulturellen Prozesse und die Rationalisierungsbewegung gewannen in der NS-Zeit eine ganz neue Dimension, worauf neuere Untersuchungen nachdrücklich aufmerksam machen. Es handelte sich durchaus nicht nur um eine „Modernisierung wider Willen“, sondern auch um eine sehr „gewollte Modernisierung“ für die bekannten Zwecke des NS-Regimes. Man sollte diese Zusammenhänge, Verstrickungen und Widersprüche in der Gesamtdiskussion beachten und dabei – im Sinne kritischer Modernisierungstheorien – die negativen Seiten der „Modernisierung“ – vor allem der autoritär durchgesetzten – stärker betonen.

### *Albrecht Ritschl*

Fest steht, daß Henry Turner der eigentliche „Sieger“ des heutigen Tages ist, erweist sich doch auch nach zwanzig Jahren seine Unterscheidung zwischen faktischer und internationaler Ebene der Modernisierung im Nationalsozialismus als paradigmatisch. Eigenartig bleibt, daß es im Nationalsozialismus Modernisierungsprozesse gibt, die mit dem Ziel der Kriegsvorbereitung nicht hinreichend erklärbar scheinen. Auf dem Gebiet des Wirtschaftsrechts ist der Nationalsozialismus mit der Schaffung des Kreditwesengesetzes, des Energiewirtschaftsgesetzes sowie des Aktiengesetzes überaus produktiv; ja es gibt sogar Schubladenpläne für ein Wettbewerbsgesetz, das in seinen Grundzügen dem späteren GWB in der Bundesrepublik entspricht. Es fragt sich, ob es hierfür nicht doch – jenseits „ungewollter Modernisierung“ – eine intentionale Grundlage gibt.

*Ian Kershaw*

Ich möchte zum Schluß auf zwei Punkte kurz eingehen: auf die Modernisierungsfrage und auf die Sonderwegsdebatte.

Ich bin gegen den wertneutralen Gebrauch des Modernisierungsbegriffs. Mir scheint die analytische Schärfe des Begriffs geradezu in seiner normativen Bedeutung zu liegen – angenommen natürlich, daß das normative Verständnis offen dargelegt wird. Der Versuch, den Begriff von seiner normativen Konnotation zu befreien, führt m. E. zur analytischen Bedeutungslosigkeit des Begriffs und in die intellektuelle Sackgasse, wie manche neuerlichen Versuche, den Begriff „wertneutral“ auf das „Dritte Reich“ zu verwenden, bezeugen. Die Modernisierungsfrage bedarf einer Langzeitsperspektive. In einer solchen Perspektive liegt es auf der Hand, daß es auch im „Dritten Reich“ einige Entwicklungen gab, die in einem Kontinuum nicht nur mit Weimar, sondern auch mit der Bundesrepublik stehen. Aber an Hand von einem „neutralisierten“ Modernisierungsbegriff Hitler als bewußten „Modernisierer“, sein Regime als „Entwicklungsdiktatur“ oder Robert Ley als Befürworter eines modernen Wohlfahrtsstaates darzustellen, heißt nach meinem Dafürhalten an dem Wesen des Nationalsozialismus gänzlich vorbeizugehen und einen Ansatz zu verfolgen, der wissenschaftlich unergiebig, wenn nicht gar apologetisch ist.

Die Modernisierungsfrage ist mit der Sonderwegsdebatte eng verflochten. Nach meiner Meinung ist man angesichts der Kritik an der tradierten Sonderwegsthese in den 80er Jahren zu schnell bereit gewesen, die Vorstellung eines deutschen Sonderweges über Bord zu werfen. Ich habe keine Schwierigkeiten mit der bedeutenden Korrektur, daß Deutschland im Kaiserreich eine durchaus bürgerliche und keine vormoderne, feudalisierte Gesellschaft war. Das ist aber der Anfang, nicht das Ende der Sonderwegsdiskussion. Es führt selbstverständlich nur zur nächsten Frage: warum gerade *diese* bürgerliche Gesellschaft, warum dieser moderne Staat einen Hitler vorbrachte. Die Frage des Sonderweges sollte wohl in die Ebene der politischen Strukturen und der politischen Kultur versetzt werden. Auf dieser Ebene – an Hand eines normativen Modernisierungsbegriffs – kann man dann die Besonderheiten der deutschen politischen Kultur und der Unfähigkeit einer „modernen“ Staatsform in der Weimarer Republik, mit der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ideologischen Krise fertig zu werden, analytisch untersuchen. In diesem Sinne – ich stimme Gerald Feldman zu – ist die Volksgemeinschafts-Idee des Nationalsozialismus als Flucht vor den Problemen der politischen Modernisierung zu verstehen. Was unter Hitler geschah, kann man wohl Hans Mommsen zufolge mit dem Begriff der „vorgetäuschten Modernisierung“ definieren. Demnach war das „Dritte Reich“ durch die Flucht aus der Politik in eine chiliastische Vision der nationalen Rettung durch eine rassisch gesäuberte Volksgemeinschaft und den Rassenimperialismus ein barbarischer Versuch, die Steuerungsprobleme einer modernen Gesellschaft mit Gewalt zu beseitigen. Das nationalsozialistische Regime war zu keiner rationalen Prioritätensetzung fähig. Alles beruhte auf einem Hasardspiel, das zu gewinnen kaum möglich war. Insofern war nicht nur die Destruktion in gigantischem Ausmaß dem Nationalsozialismus immanent, sondern auch die Selbstzerstörung. Und bei allen Kontinuitäten über 1945 hin-

aus markiert die Zerstörung der prägenden Strukturen, der politischen Zielsetzungen und der politischen Kultur in der totalen Niederlage immer noch m.E. die große Zäsur, die eine – normativ verstanden – „normale“ Modernisierung in der Bundesrepublik, und damit das Ende des Sonderweges, bedeutete.

*Gerald D. Feldman*

Angesichts des Geschehens am 30. Januar 1933 gab es sicherlich autoritäre Alternativen, und es ist nicht unvorstellbar, daß eine militärische Diktatur oder irgendeine andere Art autoritäre Regierung über einen gewissen Zeitraum einer Redemokratisierung gewichen wäre. Ein derartiger Optimismus im nachhinein wird aber zwangsläufig aufgrund der Tatsache gedämpft, daß in Deutschland kein echter Demokratiekonsens vorhanden war. Außerdem bedeutete die Reichstagswahl vom 6. November 1932 zwar einen Schlag gegen Hitler, aber nicht die Option für eine demokratische Lösung. In den Augen der meisten Deutschen war die parlamentarische Demokratie diskreditiert. Aus dieser Perspektive waren die Chancen einer erneuten und echten politischen Modernisierung, besser: einer „remodernization“, gering. Was die Wirtschaftspolitik anging, war Papen „moderner“ als Brüning, Hitler sogar noch „moderner“ in dieser und vielerlei anderer Hinsicht. Man denke nur an seine Propaganda- und Terrorismethoden. So kehre ich zu meinen grundsätzlichen Thesen zurück: Eine erfolgreiche Modernisierung steht und fällt mit der demokratischen politischen Modernisierung. Die deutsche politische Kultur tendierte dazu, die parlamentarische Demokratie als eine absolute Wertvorstellung abzutun, und es war diese Schwäche in der politischen Kultur, die die von den alten Eliten ergriffene „dezisionistische Flucht nach vorn“ zum Erfolg werden ließ.

